

- ENTSTAATLICHUNG

ausgearbeitet von Esterbauer Christine

Um den Begriff der **Entstaatlichung** zu klären ist zunächst eine Definition des Wortes **Staat** selbst nötig. Im traditionellen Sinn wird dieser Begriff mit den drei Elementen **Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt** abgesteckt. Die Aufgaben die dem Staat zukommen sind vielfältig und können auch variieren, dennoch hebt Schultze sechs wesentliche Zwecke hervor: Die innere und äußere Sicherheit, politische Beteiligung bzw. kulturelle Integration, Wohlstandssicherung, Schaffung sozialstaatliche Einrichtungen, Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und Schaffung einer wissensbasierten Infrastruktur (vgl. Schultze, 2001, 477). In diesem Sinne bedeutet Entstaatlichung einerseits die **funktionelle Aufhebung des Staates**, so wie es Ruf für den fast synonymen Begriff Staatszerfall erklärt: „Dabei wird Staatszerfall verstanden als die Unfähigkeit des Staatsapparates, hoheitliche Aufgaben auszuüben, also ‚politische Güter‘ bereitzustellen wie Sicherheit, Ausbildung, Gesundheitsdienste und ökonomische Entfaltungsmöglichkeiten, weiterhin einen rechtlichen Rahmen für die öffentliche Ordnung sowie ein Rechtssystem, um diese zu verwalten und schließlich grundlegende infrastrukturelle Voraussetzungen wie Straßen und Kommunikationsmöglichkeiten (Ruf, 2003, 24f).“ Andererseits heißt Entstaatlichung auch **Entterritorialisierung**, welche sich auf der internationalen Ebene abspielen kann, ebenso wie auf der regionalen (vgl. Deutsche Gesellschaft für Soziologie, 15.4.2005). Hauschild setzt in seiner Abhandlung „Die Auswirkungen der Entstaatlichung“ diese mit der **Privatisierung** gleich, d.h. vormals staatliche Aufgaben wandern in private Hände, und gleichzeitig bringt diese Tendenz einen **Demokratieverlust** mit sich (vgl. Hauschild, 15.4.2005).

Gemäß dieser Zweiteilung des Begriffes ist auch die geschichtliche Entstehung dazu separat zu betrachten. Die funktionelle Entstaatlichung hat ihren Ursprung in den 70iger Jahren des 20. Jahrhunderts, besonders aber nach dem Ende der bipolaren Welt. Mit dem Jahr 1989 öffnete sich das Weltsystem immer mehr, und der **Globalisierungsprozess** setzte rasant ein (vgl. Ruf, 2003, 14).

Die Sicherheitspolitische Entstaatlichung, d.h. die Infragestellung des staatlichen Gewaltmonopols, nahm mit den Anschlägen vom 11.September 2001 einen klaren Ausgangspunkt. Die territoriale Entstaatlichung begann u.a. mit der Gründung der EWG, die in der heutigen **EU** maßgeblich vorangetrieben wurde, aber auch mit der **Entkolonialisierung** in den sog. Dritte-Welt-Ländern (vgl. DGS).

Die klassische Staatstheorie geht u.a. auf Theoretiker wie **Hobbes** und später Max **Weber** zurück. Den theoretischen Grundstein zur Privatisierung legte **Ricardo** mit seiner Theorie des komparativen Kostenvorteils, die den Nutzen des internationalen Handels aufzeigte. **Wallerstein** schließlich brachte mit seiner Weltsystemanalyse die Prozesse der Globalisierung in einen theoretischen Rahmen, wobei er argumentiert, dass die Weltwirtschaft von Produktionsnetzen,

Gruppe B

und nicht mehr von Staaten organisiert wird (vgl. Parnreiter, 2004, 26).

Die Definition von Entstaatlichung ist in ihrer Erklärung, als Auflösung der staatlichen Aufgaben unweigerlich an einen positiven Staatsbegriff gebunden. Der Staat ist die Institution, die für das Wohl der Bürger sorgt, ist diese weg, so schein mit diesem Garant auch das Wohl zu verschwinden. Dies muss aber nicht zwangsweise der Fall sein, da die Aufgabe nun von anderen Akteuren übernommen wird. Auch verschweigt dieser Transformationsbegriff, ob die gestellten Aufgaben vom Staat tatsächlich erfüllt wurden.

Ein weiteres Problem dieses Begriffs ist, dass die Umfassendheit, die sich dahinter verbirgt (siehe oben), selten zu Tage tritt bzw. suggeriert, dass all diese Prozesse gleichzeitig stattfinden müssen, was aber nur selten der Fall ist. Während also die territoriale Entstaatlichung schon mit der Gründung der EWG einsetzte, begann die sicherheitspolitische erst im 21. Jahrhundert. Ebenso ist es möglich, dass ein Staat nur zum Teil „entstaatlicht“ wird, d.h. nur Teile seiner Kompetenzen privatisiert.

Aus diesem Grund ist es sinnvoller den Begriff „Entstaatlichung“ immer in Kombination mit dem Adjektiv, der behandelten Semantik, zu verwenden.

Literatur:

Deutsche Gesellschaft für Soziologie:

www.dsg2002.de/Themenpapier.htm, abgefragt am 15.4.2005

Dr. Hauschild, Peter:

www.privatisierungswahn.de/403.html, abgefragt am 15.4.2005

Parnreiter, Christof: Die Entstaatlichung der Weltwirtschaft; In: Südwind Magazin 03/2004

Ruf, Werner: Einleitung Politische Ökonomie der Gewalt, Staatszerfall und Privatisierung von Gewalt

und Krieg, Opladen 2003

Schultze, Olaf: Staat; In: Kleines Lexikon der Politik, Nohlen, Dieter (Hrsg.), München 2001